

Zur Feier des Tages kündigte der Magistrat der Stadt Höchst euphorisch an, dass „alle heute im Kreise Geborenen und allen heute Getrauten ein Geschenk von 100 Mark“ überwiesen bekommen. Es war der 1. Juli 1917 und es gab Grund zum Feiern. Sindlingen, Unterliederbach und Zeilsheim waren nach über dreijährigen Verhandlungen nach Höchst eingemeindet worden.

Der Kommentator des Höchster Kreisblatts begrüßte den Zusammenschluss mit pathetischen Worten: „Nun ist das Werk dreijähriger mühevoller Arbeit zur Vollendung herangereift. Die alte Stadt am Mainstrom mit ihrer mehr als tausendjährigen Geschichte breitet die Schwingen aus zu neuem Fluge glanzvoller Entwicklung und wirtschaftlicher Kraft. Aus engen Mauern, einzwängenden Schranken wächst hinaus in die Weite, umspannt mit ihren Armen neues Gefilde für neue jungfrische Betätigung“.

An anderer Stelle nannte das „Kreisblatt“ weniger euphorisch die eigentlichen Hintergründe der „Hochzeit“. Die Eingemeindung der Nachbargemeinden sei für Höchst als Sitz der „machtvoll aufblühenden Industrie“ eine zwingende Notwendigkeit, um Bebauungsgelände zu erwerben. Der Höchster damalige Bürgermeister Dr. Ernst Janke hatte unumwunden eingeräumt, dass Höchst für eine „gesunde Weiterentwicklung nur noch 75 Hektar unbebautes Terrain“ habe und zudem „Ersatz für die ungesunden Wohnungen in der Altstadt schaffen müsse“. Ziel sei es deshalb „1600 ha unbebautes Land zu erhalten“ – soviel hatten Sindlingen, Unterliederbach und Zeilsheim zu bieten.

Allerdings. Ganz ohne Gegenleistung lief das Geschäft damals nicht ab. Wie Dieter Frank, Vorsitzender des Sindlinger Heimat- und Geschichtsvereins während eines Vortrages im Gemeindezentrum der evangelischen Kirche sagte, brachte Höchst auch einige Pfunde in die Ehe mit ein. Seit 1842 gab es dort ein Realgymnasium (heute Leibniz-Gymnasium), 1874 kam eine private Mädchenschule (heute Helene-Lange-Gymnasium) dazu, 1908 eröffnete die Robert-Blum-Schule. Seit 1883 hatte Höchst das Krankenhaus in der Hospitalstraße, 1901 öffnete das Hertie-Kaufhaus, 1909 wurde der Stadtpark angelegt und 1910 erhielt Höchst mit den Mainkraftwerken ein Elektrizitätswerk. Schon im Januar 1914 hatte der Höchster Bürgermeister Dr. Janke in einem Brief an den Regierungspräsidenten in Wiesbaden für die Eingemeindungen von Sindlingen, Unterliederbach und Zeilsheim geworben,

weile es „ja im Interesse der höheren Staatsbehörde liege, dass die Region eine gesunde und schnelle Entwicklung erlebe“.

Die Sindlinger konnten – quasi überregional – nur mit einem kleinen Wasserwerk (in dem Wäldchen an der Limburger Bahnstrecke hinter der Ferdinand-Hofmann-Straße) und einer Hochseilfähre (nach Kelsterbach) punkten. Aber dafür hatten sie reichlich unbebaute Flächen. Denn auf dem ganzen Areal nördlich der Bahngleise nach Wiesbaden, auf dem ab 1924 der Bauverein im großen Stil baute, stand kein einziges Gebäude.

Dem Höchster Bürgermeister Dr. Janke war schon 1913 aufgefallen, dass Sindlingen „von Jahr zu Jahr immer mehr unseren Interessenkreis berührt“, denn die „Ausdehnung der Fabrikstätten der Farbwerke vollzieht sich nach Sindlingen“. Auch immer mehr „Rotfabriker“ wohnten in Sindlingen. Das war auch an den Steuern ablesbar. Zahlten die Farbwerke 1911 noch 5472 Mark an Einkommenssteuer, waren es ein Jahr später bereits 7296 Mark und 1913 stolze 16872 Mark. Der beste Steuerzahler Sindlingens, Farbwerke-Gründer Herbert von Meister, legte sich allerdings 1915 eine Zweitwohnung in Frankfurt zu und zahlte seitdem einen großen Batzen nach Frankfurt. Ohnehin lag von Meister – auch ohne kommunalpolitisches Amt – die Eingemeindung am Herzen. Noch kurz vor der Unterzeichnung des Vertrages stiftete er am 8. März 1917 satte 25 000 Mark für „die Einwohner von Groß-Höchst“. Schon im Januar hatte ihm der Höchster Bürgermeister Dr. Janke „für die Förderung der Eingemeindung“ gedankt.

In Sindlingen wollten sich nicht alle mit dem Verlust der politischen Selbständigkeit abfinden. Wie Dieter Frank während seiner Recherchen herausfand, schrieben 52 Sindlinger am 6. Mai 1916 an den Königlichen Innenminister in Berlin und forderten eine Zurückstellung der Planung. Grund: Etwa 800 Sindlinger seien derzeit beim Militär und im Krieg. Grund: Sie würden es als „bitter empfinden, wenn in der Zeit, wo sie für die Selbständigkeit des Reiches kämpfen, ihre kommunale Selbständigkeit geopfert wird, ohne dass sie nochmals befragt würden“. Unterschrieben war der Brief unter anderem von Franz Josef Nix, Peter Westenberger, Ludwig Stappert, August Diener, Franz Joseph Scheh, Johann Riegelbeck, August Scheh, Andreas Schmidt und Lorenz Westenberger.

Sindlingens Bürgermeister Franz Joseph Huthmacher bündelte in seinem Antwortschreiben die Einwände ab. Seit 1914 werde über die Eingemeindung verhandelt, in vier Sitzungen seien deren Hauptzüge von den Gemeindegemeinschaften besprochen worden und von allen Teilnehmern sei nur ein einziger im Krieg. Mit 10:3 Stimmen votierte die Sindlinger Gemeindevertretung am 7. September 1916 für die Eingemeindung.

Der Vertrag war gar nicht so schlecht für Sindlingen. Beerdigungen sollten fortan unentgeltlich sein, Sindlinger Kinder beim Besuch der Knaben- und Mädchenschule bei der Höhe des Schulgeldes den Höchster Kindern gleichgestellt werden, die Ortsstraßen mittwochs und samstags auf städtische Kosten gereinigt werden, die Staatsstraße zwecks Beseitigung der Staubplage gepflastert, Schul- und Volksbadeeinrichtungen (in der Herbert-von-Meister-Schule) geschaffen und die Zahl der Schrebergärten vermehrt werden. Zudem sollte eine Straßenbahn von Höchst nach Sindlingen gebaut werden.

Auch Bürgermeister Huthmacher und sämtliche Gemeindeangestellten hatten keinen Grund, der Eingemeindung zu widersprechen. Dem Bürgermeister, der schon 64 Jahre alt war, wurde der Ruhestand mit einem fürstlichen Ruhestandsgehalt versüßt. Und bevor sich bei den Gemeindeangestellten Widerstand regen konnte, wurden ihre Gehälter allesamt kräftig angehoben.

Vielleicht war der eine oder andere Bürger mit der Eingemeindung nach Höchst froh gewesen sein, dass damit auch die alte Sindlinger Polizeiverordnung vom 24. Mai 1887 aufgehoben wurde. Danach durfte niemand während des Gottesdienstes an Sonn- und Feiertagen ein Wirtshaus besuchen durfte, mussten die Wirtschaften um 11 Uhr abends schließen müssen und war schnelles Fahren und Reiten sowie Klatschen mit der Peitsche verboten. Hausbesitzer waren verpflichtet, einmal in der Woche bis zur Straßenmitte zu reinigen, außerdem am Samstagnachmittag und am Vorabend eines Feiertages.

*Am Schluss eines interessanten und unterhaltsamen Abends im Gemeindehaus waren sich die vielen Besucher mit dem Referenten Dieter Frank einig, dass die Eingemeindung durchaus keine Zwangsehe war, sondern eher den Charakter eines „Zusammenschlusses“ hatte, bei dem die Sindlinger Gemeindeführung ein gutes Verhandlungsergebnis erzielt hatte. Allerdings sah elf Jahre später alles wieder ganz anders aus. Da wurde Höchst zusammen mit Sindlingen, Zeilsheim und Unterliederbach nach Frankfurt eingemeindet.*